

EINBAHNSTRASSE SOZIALDIALOG

Diese Tage kam es knüppeldick. Eine schlechte Nachricht jagte die nächste, wobei sich die am Rosengärtchen ansässigen Ministerien für Arbeit und Soziales förmlich überschlugen: zuerst die Beschlüsse des Arbeitsministers in Sachen berufliche Wiedereingliederung und Recht auf Altersteilzeit mit Teilpension, dann die Steilvorlage des Sozialministers zur 52-Wochen-Regelung im Krankenschein. Dabei sind es nicht nur die Inhalte besagter Gesetz(vor)entwürfe, es ist auch und vor allem die Form, in der sie zustande kamen. Die Arbeitgeber waren zwar an Vorgesprächen beteiligt, den endgültigen Rahmen steckten aber – Wahlkampf oblige – die Minister mit ihrer Hausgewerkschaft ab, ohne den Bedenken der Arbeitgeber Rechnung zu tragen.

Dazu kam dann noch, dass sich das Arbeitsministerium etwa zur gleichen Zeit in die Umsetzungsprozedur der europäischen Datenschutzverordnung einmischen zu müssen glaubte – wofür doch eigentlich das Staatsministerium zuständig war – um in letzter Minute eine Verschärfung der Datenschutzbestimmungen im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzüberwachung durchzusetzen. Einmal ganz davon abgesehen, auf wessen Geheiß das denn wieder einmal geschah, so fällt auf, dass die Vorschläge des Arbeitsministers wieder ex ante Genehmigungsprozeduren einführen sollten, während die europäische Linie eigentlich vom Prinzip der ex post Kontrolle ausgeht. Hier war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt, ob das Parlament diesem Manöver folgte oder auf der Linie des Staatsministers blieb. So oder so, der unangenehme Beigeschmack bleibt: Betrieben kann man nicht vertrauen!

Bei Redaktionsschluss waren auch die definitiven Entscheidungen zu den anderen genannten Themen noch nicht endgültig, so dass die nun folgenden Ausführungen sich auf den Zeitraum bis Ende April beziehen. Anfang Mai kam es zwar zu einer Unterredung zwischen den Arbeitgebern und den beiden Ministern, doch kam es dort zu keinen endgültigen Zusagen der Minister.

In Sachen berufliche Wiedereingliederung sollen zwar wieder Quoten eingeführt werden, doch ist dies der einzige Punkt, an dem die Arbeitgeberwünsche erfüllt wurden. Zusätzlich wird eine Entschädigungszahlung an den Arbeitnehmer eingeführt, der nicht intern reklamiert werden kann und die Zugangsbestimmungen werden drastisch gelockert.

Und weil es so schön ist, mit den Dienstplänen der Unternehmen zu jonglieren, sollten ältere Arbeitnehmer das Recht erhalten, eine Teilpension mit Teilzeitarbeit zu kombinieren. So lautete zumindest die initiale Idee des Arbeitsministers. Die Arbeitgeber ihrerseits monierten bei der Unterredung Anfang Mai neben der einseitigen Entscheidung des alleinigen Arbeitnehmers

zur Teilzeit vor allem den immensen Kostenpunkt der angedachten Reform, die sogar noch weiter geht als im öffentlichen Dienst. Es schien nach besagter Unterredung, als ob der Arbeitsminister sich seiner Idee nicht mehr so ganz sicher war und dass sie, wenn schon nicht definitiv aufgehoben, so doch zumindest aufgeschoben würde. A voir!

Ein weiteres Highlight erfuhren die Arbeitgeber vor kurzem durch die Presse: hier kündigte Sozialminister Schneider an, er sei sich mit dem OGBL einig darüber, den Krankenschein in Zukunft 78 statt wie bisher 52 Wochen gelten zu lassen ehe der Arbeitsvertrag ausläuft, entsprechende Gespräche mit den Arbeitgebern würden in Kürze stattfinden. Letztere hatten in den Vorgesprächen immer wieder Vorschläge eingebracht und ihre Ablehnung gegenüber generellen Lösungen geltend gemacht, also wurden sie jetzt informiert, dass niemand ihnen zugehört hat. Was den Betrieben in Zukunft eigentlich nur mehr die Möglichkeit lässt, ab der 26. Woche systematisch zu entlassen, wollen sie vermeiden, durch sukzessive Krankschreibungen und Wiedereingliederungsmaßnahmen in eine nicht enden wollende Wohltätigkeitsspirale zu gelangen, in der sie letztendlich der zahlende Sachse sind.

Vor Jahren noch wären solche Entwürfe bestenfalls das Resultat einer Tripartite gewesen, nach der alle Partner entweder zufrieden waren oder auch nicht, aber eben das Resultat einer Verhandlung. Es wäre auf Interessenausgleich geachtet worden. Heute ist alles anders, und der Sozialdialog mutiert zur Einbahnstraße!

Generell sehen sich die Unternehmen seit einigen Jahren mit der Tatsache konfrontiert, dass die Arbeitszeiten von immer mehr Arbeitnehmern durch den Gesetzgeber eingeschränkt sind, sei es durch die rezenten Elternurlaubsreformen, Teilzeitarbeit oder Wiedereingliederungsmaßnahmen. Dazu werden sich zu dem üblichen Krankenscheinwahnsinn demnächst die beschriebenen 78-wöchigen Krankheitsperioden gesellen, sowie andere Maßnahmen, die allesamt die

Arbeitsorganisation im Unternehmen komplizierter gestalten. Wird jedoch Flexibilität im Sinne der Unternehmen gefordert, und sei es nur, um das alles zu organisieren, ist plötzlich keiner mehr zuständig.

Derart riskiert die Belegschaftsstärke durch die beschriebenen Maßnahmen immer weiter abzunehmen, bis einzelne Abteilungen überhaupt nicht mehr funktionieren können. Dies ist in Handwerksbetrieben durch die dort vorherrschende Teamarbeit mit entsprechend vielen Transportbewegungen zum Kunden oder zur Baustelle besonders schwierig, auch weil einzelne Schlüsselpositionen nicht beliebig oft besetzt sind und die Mitarbeiter auch nicht eben so auswechselbar sind, wie sich die Spezialisten in Esch oder am Rosengärtchen das so vorstellen. Im Handwerksbetrieb wird eben noch berechnet, wie sich die Kosten entwickeln, ganz anders als bei der öffentlichen Hand.

Seit längerem werden die Unternehmen durch diese Regierung bestenfalls als willige Ausführer ihrer Gutmenschenpolitik angesehen. Die angeprangerten Maßnahmen gesellen sich zu einer ganzen Reihe von Gesetzen, Maßnahmen und Initiativen, mittels derer die Regierung versucht, „modern“ zu sein und die „work-life-balance“ der Angestellten in Harmonie zu

bringen. Sprich die Komponente „work“ so gut es eben geht gegen null zu senken. Vielleicht haben die einzelnen Minister aber auch einfach nur die Befehle einer Gewerkschaftszentrale befolgt, in der Hoffnung bei den anstehenden Wahlen, nicht so wie die CSV 2013, eben vom Bannstrahl jener Gewerkschaft getroffen zu werden. Wie naiv kann man denn sein?

Im Oktober sind Parlamentswahlen. Bis dahin wird auch die Fédération des Artisans nicht vergessen haben, welche Partei was für die Unternehmen und insbesondere das Handwerk gemacht hat. Dabei ist es nicht einmal sicher, dass das Handwerk stimmenmäßig so viel schlechter dasteht als eine Gewerkschaft aus Esch.



Romain Schmit | Secrétaire Général
T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu
I www.fda.lu | twitter @romschmi



UN DIALOGUE SOCIAL À SENS UNIQUE

Ces jours-ci, on en a pris plein la figure. Une mauvaise nouvelle laissait place à une autre, les ministères domiciliés au « Rosengärtchen » se sont officiellement précipités sur les dossiers traitant du travail et du social : tout d’abord avec les décisions du Ministre du Travail en matière de reclassement professionnel et du droit à la cessation d’activité progressive, suivies de la proposition du Ministre des Affaires Sociales relative à la réglementation des 52 semaines de congé maladie. Ainsi, non seulement les contenus desdits (pré) projets de loi sont préoccupants, mais en plus, et avant tout, la forme dans laquelle ils sont proposés est très inquiétante. Bien entendu, les employeurs ont participé aux entretiens préliminaires, mais les ministres avec leur « syndicat maison » ont fixé le cadre final – campagne électorale oblige – sans tenir compte des considérations des employeurs.

En outre, à peu près à la même époque, le ministère du Travail a cru opportun d’intervenir dans la procédure de mise en œuvre de la réglementation européenne sur la protection des données – dont le ministère d’État était en fait responsable – afin d’appliquer à la dernière minute des règles plus strictes en matière de protection des données dans le cadre de la surveillance sur le lieu du travail. Indépendamment de savoir qui est à l’origine de ce revirement, il est frappant que les propositions du ministre du Travail réintroduisent les procédures d’approbation ex ante, alors que la ligne européenne est en

fait basée sur le principe du contrôle ex post. Au moment d’aller sous presse, on ne savait pas encore si le Parlement allait valider cette manœuvre ou s’il est resté en ligne avec le ministre d’État. Quoi qu’il en soit, l’arrière-goût désagréable demeure : On ne peut pas faire confiance à une entreprise

En matière de reclassement professionnel, le Ministre Schmit veut certes réintroduire des quotas, mais c’est le seul point où les propositions patronales ont été prises en compte.

Le versement d'une allocation à l'employé qui ne peut pas être reclassé en interne est également introduit, et les conditions d'accès sont facilitées de manière drastique.

Et comme on a pris plaisir à jongler avec les horaires de service des entreprises, les employés plus âgés doivent désormais avoir droit de combiner une retraite partielle avec un travail à temps partiel. C'est au moins la proposition d'un autre projet de loi du Ministre du Travail.

Pour leur part, les employeurs se sont plaints lors de la réunion de début mai non seulement du fait que la décision de travailler à temps partiel revenait au seul employé, mais surtout de l'immense coût de la réforme envisagée, qui va encore plus loin que celle du secteur public. Après cette rencontre, il semblait que le ministre du Travail n'était plus tout à fait sûr de son idée et que, si elle n'était pas définitivement abrogée, elle serait au moins reportée.

Les employeurs ont eu connaissances par voie de presse d'une autre mesure : le ministre de la Sécurité Sociale a en effet annoncé être d'accord avec la OGB-L pour qu'à l'avenir le congé maladie passe à 78 semaines, au lieu des 52 semaines actuelles, avant que le contrat de travail prenne fin : une réunion d'information devrait avoir lieu rapidement avec les employeurs. Ces derniers avaient fait des suggestions dans les entretiens préliminaires et ont marqué leur refus vis-à-vis de solutions générales. Maintenant, ils sont tout simplement informés de cette proposition qui a vu le jour, et du même coup que personne n'a retenu leurs propositions en la matière. Aux entreprises il ne reste plus que la possibilité, de licencier systématiquement à partir de la 26^e semaine, afin d'éviter, avec les arrêts maladies successifs et les mesures de reclassement, d'entrer dans une spirale infernale où ils jouent finalement un rôle de cotisant/payeur.

Il y a encore des années, de tels projets auraient été dans le meilleur des cas le résultat de négociations tripartites, après lesquelles tous les partenaires auraient été satisfaits ou non. On aurait fait attention à l'équilibre des intérêts. Aujourd'hui, tout est différent, et le dialogue social se transforme en voie à sens unique !

D'une manière générale, les entreprises sont confrontées depuis quelques années au fait que le temps de travail des employés est de plus en plus limité par le législateur, qu'il s'agisse des réformes récentes sur le congé parental rémunéré, du travail à temps partiel ou des mesures de reclassement. À la folie des arrêts maladie habituels, viendront s'ajouter sous peu les 78 semaines décrites d'arrêt maladie, mais aussi d'autres mesures qui, au final, complexifient l'organisation du travail dans les entreprises.

L'effectif d'une entreprise risque donc de diminuer de plus en plus du fait des mesures sus-décrites et, ce, jusqu'à ce que certains services ne puissent plus du tout

fonctionner. Ceci est particulièrement difficile dans les entreprises artisanales, où les équipes présentes doivent assurer beaucoup de déplacements chez le client ou sur les chantiers, mais aussi parce que des postes clés individuels ne sont souvent pas pourvus et parce que les collaborateurs ne sont pas non plus aussi facilement remplaçables que ce que les spécialistes s'imaginent à Esch ou au Rosengärtchen. Dans une entreprise artisanale, on ne calcule pas du tout de la même façon que dans le secteur public.

Depuis longtemps, les entreprises sont considérées par ce Gouvernement comme des exécutants obéissants de leur politique bien-pensante. Les mesures fustigées viennent s'ajouter à toute une série de lois, de mesures et d'initiatives avec lesquelles le Gouvernement tente d'être « moderne » et de créer une harmonie dans l'équilibre vie professionnelle et vie personnelle (« work-life balance ») des salariés. Autrement dit, la composante « travail » va finir par être ramenée à zéro. Mais peut-être que les ministres ont tout simplement suivi les consignes syndicales, dans l'espoir de ne pas s'attirer les foudres des syndicats dans les élections à venir, comme pour le CSV en 2013. Comment peut-on être naïf à ce point ?

Les élections législatives se tiendront en octobre. D'ici là, la Fédération des Artisans n'oubliera pas les partis qui auront agi pour les entreprises et en particulier pour l'artisanat. On est sûr en tout cas que l'artisanat aura un poids aussi prépondérant qu'un syndicat à Esch en termes de nombre de voix.



Romain Schmit | Secrétaire Général

T +352 42 45 11 - 26 | E r.schmit@fda.lu

I www.fda.lu | twitter @romschmi

